



## Eine andere Welt ist möglich!

### Am 2. Juni - Großdemo in Rostock

Anfang Juni 2007 treffen sich die Regierungen der sieben wichtigsten Industrieländer und Russlands zum „G8-Gipfel“ im Ostseebad Heiligendamm. Die „Gruppe der 8“ (G8) ist eine Institution ohne Legitimation. Dennoch trifft sie als selbsternannte informelle Weltregierung Entscheidungen, die die gesamte Menschheit betreffen. Die Politik der G8 steht für eine neoliberale Globalisierung und Deregulierung, die Wirtschaftspolitik an den Rendite-Interessen internationaler Finanzanleger und Konzerne ausrichtet.

- Alle fünf Sekunden stirbt in der Welt ein Kind an Hunger, mehr als 800 Millionen Menschen sind chronisch unterernährt. Maßgeblich verantwortlich hierfür ist die ungerechte Welthandelspolitik, die im Rahmen der G8 und anderer internationaler Institutionen betrieben wird.

- Trotz der vollmundigen Versprechungen vom G8-Gipfel in Gleneagles 2005 wurde den Ländern des Südens bislang nur ein geringer Teil ihrer Schulden erlassen.

- Indem sie Liberalisierung und Privatisierung vorantreiben, haben die G8 Armut nicht nur im globalen Süden, sondern auch in den Industrieländern verstärkt. Die weltweite Plünderung von Rohstoffen und anderen natürlichen Ressourcen wird beschleunigt.

- Zugleich schotten sich die reichen Industrieländer immer stärker gegen Flüchtlinge und MigrantInnen ab. Die dennoch Eingereisten werden illegalisiert und als rechtlose BilligarbeiterInnen ausgebeutet.

- Die G8-Staaten sind die größten Klimazerstörer. Sie allein sind für 43 Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verantwortlich und stehen zudem für eine Renaissance der Atomenergie, die wir entschieden ablehnen.

- Die G8-Staaten sind verantwortlich für 90 Prozent der weltweiten Waffenexporte und eine neue Ära

von Rohstoffkriegen. Sie sind Vorreiter einer auf Krieg gestützten Weltordnung, die in vielen Ländern zu Flucht, Vertreibung, neuem Hass und Gewalt führt.

Die von der Dominanz der G8 geprägte Welt ist eine Welt der Kriege, des Hungers, der sozialen Spaltung, der Umweltzerstörung und der Mauern gegen MigrantInnen und Flüchtlinge... Gemeinsam mit Millionen Menschen in aller Welt sagen wir: Eine andere Welt ist möglich!

- Für die sofortige Streichung illegitimer Schulden und eine faire Entschuldung der Länder des globalen Südens!

- Gegen den Ausverkauf öffentlicher Güter und Dienste – für gleiche soziale Rechte und Standards weltweit!

- Für einen schnellen und radikalen Wechsel zu den erneuerbaren Energien. Zusammen mit einer deutlichen Erhöhung der Energieeffizienz und der Umstellung auf ein nachhaltiges Wirtschaften können nur so ein gefährlicher Klimawandel und weitere Kriege um Öl-

und Gasreserven verhindert werden.

- Für den sofortigen und endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie und für vollständige weltweite atomare Abrüstung!

- Für ein solidarisches und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen – gegen jede Form von Rassismus und Faschismus!

- Für die Überwindung von Mauern und Grenzen! Gegen Lager und Abschiebungen!

- Für eine friedliche Welt! Schluss mit der militärischen Durchsetzung wirtschaftlicher und machtpolitischer Interessen durch die G8-Staaten!

Globalisierung im Interesse der Mehrheit der Menschen bedeutet faire Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, bedeutet Frieden, Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Demokratie und Bewahrung der Lebensgrundlagen für die nächsten Generationen.

„Die G8 sind nicht Teil der Lösung von Armut, Klimakatastrophe und Krieg. Sie sind Teil des Problems, deswegen ist der Protest legitim und notwendig.“  
Christine Buchholz,  
Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand der WASG

Mehr Infos unter [www.gipfelprotestedieline.de](http://www.gipfelprotestedieline.de)



# Maidemo wieder in Tegel

Jusos und Linke.Jugend gemeinsam gegen G8-Gipfel

Spaziergänger und Radfahrer am Tegeler See staunten nicht schlecht, als ihnen am Mittag des 1. Mai eine Gruppe junger Menschen entgegenkam. Rote Fahnen wurden geschwenkt, Plakate mit der Aufschrift „NO G8“ hochgehalten und eifrige Helfer verteilten Flugblätter. Mit einer 1. Mai-Demo in Tegel hatte wohl keiner gerechnet! Und ehrlich gesagt, hätte ich nicht daran teilgenommen, ich auch nicht.

Organisiert wurde die „revolutionäre“ Demo von der Linken.Jugend Reinickendorf und den Jusos Reinickendorf, und sie erstreckte sich von den Tegeler Seeterrassen bis über die ganze Greenwich-Promenade.

Seit einigen Jahren unterlag der 1. Mai im Bezirk einer ideologischen Verfälschung seitens „Steffels Junge Garde“ mit ihrer etwas eigenwilligen Auffassung von der Bedeutung dieses Tages. Es war klar: Reinickendorf braucht seinen wahren 1. Mai wieder!

Anlässlich des bevorstehenden G8-Gipfels in Heiligendamm stand die Protestaktion des „rot-roten

Bündnisses“ unter dem Motto „NO G8“. Auf einem gemeinsamen Flugblatt machten wir auf die zunehmende weltweite Armut, den Klimawandel und auf neue Phasen kriegerischer Auseinandersetzungen weltweit aufmerksam. Zum G8-Gipfel-Treffen äußerten sich Reinickendorfer Bürgerinnen und Bürger eher pessimistisch. Ein Gremium von acht Staatschefs, das über das Schicksal von sechs Milliarden – und somit aller Völker – entscheidet.

„Doch was tun?“ war die Frage, die uns am häufigsten gestellt wurde. Es ist tatsächlich eine verfahrenere Situation. Und doch liegt unser einfachstes Druckmittel offen auf der Hand: Solidarität! Nur gemeinsam sind wir stark! Solidarität ist eben die Zärtlichkeit der Völker.

Die gemeinsame rot-rote Demonstration wollte zeigen, dass es Alternativen gibt für eine bessere Welt.

Besonders erfreulich war auch, dass sich politisch ungebundene Menschen spontan und solidarisch der Demonstration anschlossen.

Die Demo war ein großer Erfolg. Reinickendorf hat seinen wahren 1.Mai wieder!

**Yusuf Dogan**



Foto:  
Jan Mikoleit

## Aus meiner Sicht Integration - in Reinickendorf kein Thema?

**Wir sprach mit Ghassan Abid, migrationspolitischer Sprecher der Reinickendorfer Linken**

*Ghassan, du hast in der April-Sitzung der BVV Reinickendorf eine Einwohnerfrage zur bezirklichen Integrationspolitik gestellt. Warum?*

**Ghassan Abid:** Aus einer Antwort des Senats auf mehrere Kleine Anfragen (Drucksachen 16/10 356, 16/10 357) erfuhren wir, dass unser Bezirksamt *keinen akuten Bedarf* dafür sieht, einen Migrationsbeauftragten und -beirat in Reinickendorf einzurichten, wie in anderen Bezirken. Andererseits hatte Bezirksbürgermeisterin Wanjura (CDU) in der Berliner Zeitung vom 20.03.2007 Defizite bei der Integration von Menschen anderer Nationalitäten in unserem Bezirk eingeräumt. Dieser Widerspruch ließ mich nachfragen.

*Wie hat das Bezirksamt reagiert?*

**Ghassan Abid:** Der Stellvertretende Bürgermeister Senftleben (SPD) antwortete, das Bezirksamt betrachte die Integration von Migranten und Ausländern als Querschnittsaufgabe, d.h. alle Ämter nehmen diese Funktion partiell wahr, so dass die Einrichtung von Migrationsorganen im Bezirk nicht akut wäre. Reinickendorf habe es da leichter als die Innenstadtbezirke.

*Hat dich die Antwort des Bezirksamtes befriedigen können?*

**Ghassan Abid:** Nein, ganz im Gegenteil. 10 Prozent der Bürger in diesem Bezirk sind Menschen nicht-deutscher Herkunft. Integration heißt aus meiner Sicht, Migranten und Ausländer in die Kommunalpolitik direkt einzubeziehen und nicht über ihre Köpfe hinweg Integrationspolitik zu praktizieren.

Der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen beschloss im März 2007, dass der Senat die Bezirke für die Einrichtung von Beauftragten und Beiräten verpflichten sollte. Diese Entscheidung halte ich längst für überfällig. Nicht zuletzt auch aufgrund von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit im Reinickendorfer Alltag. Was muss denn noch passieren, bis unser Bezirksamt den Bedarf erkennt?! Keine Frage, ich bleibe am Ball.

**Andreas Wehr**

## Nichts ist mit „mehr Sicherheit“ für afghanische Zivilisten, Herr Dzembritzki!

Am 9. Mai 2007 meldete die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ): „In der südafghanischen Provinz Helmand sind nach Angaben des Gouverneurs vom Mittwoch mindestens 21 Zivilisten bei einem Luftangriff auf Taliban-Kämpfer getötet worden. Die islamischen Rebellen hätten sich bei Kämpfen in Wohnhäusern verschanzt. Es seien auch Frauen und Kinder unter den Opfern.“ Solche Meldungen häufen sich in letzter Zeit. So hatte der Tod von 50 Unbeteiligten erst Ende April zu wütenden Protesten in ganz Afghanistan geführt.

Aus der zitierten Meldung der FAZ ging nicht hervor, ob dem verheerenden Angriff eine Luftaufklärung voranging, und ob sie von den seit kurzem dort stationierten Tornados der Bundeswehr ausgeführt wurde. Unwahrscheinlich ist das allerdings nicht. Die Bilder aus den Tornados sind ja nicht für das

Familienalbum oder für Postkarten bestimmt. Sie dienen vielmehr nachfolgenden Kampfflugzeugen zur Orientierung, wohin und auf wen sie ihre Bomben zu werfen haben. Die Bundeswehr-Tornados sind damit unverzichtbarer Bestandteil der robusten Kriegsführung der NATO in Afghanistan.

Für den in Reinickendorf direkt gewählten SPD-Bundestagsabgeordneten Detlef Dzembritzki scheinen aber diese einfach zu begreifenden Zusammenhänge nicht zu existieren. Nach ihm dient der Tornadoeinsatz „der Aufklärung, damit auch der Sicherheit der Zivilbevölkerung und natürlich der Soldatinnen und Soldaten und der zivilen Helfer“. Man fragt sich angesichts dieser Worte: Will hier jemand nichts begreifen, oder verschleiert er bewusst die Zusammenhänge?

2006 war die Bundeswehr mit 8 000 Soldaten an zehn Militärabenteuern beteiligt. Die Kosten betragen 893 789 624 Euro - aus Steuergeldern.

# Über Armut und Veränderung

von Pfarrerin Annemarie Werner

Der Ursprung aller (guten) Ordnung ist die Revolution. Keinen Staat und keine Kirche gibt es, die nicht aus einer Revolution stammen. Und doch sind die Erben der Revolution zumeist die Feinde der Revolutionäre, jedenfalls aller künftigen. Die Angst der Machthaber versucht in ihnen die Keime der Zukunft auszurotten. Der Glaube (das Vertrauen) der Revolutionäre riskiert etwas Besseres.

Biblich heißt die Trennung von bestehender und künftiger (veränderter) Ordnung: Königtum und Prophetie.

Heute könnte es die Trennung von Staat und Kirche darstellen: eine künftige Ordnung, die anrückt gegen die bestehende, zu verbessernde: reformanda, revoltanda. Der biblische Kanon (Richtschnur) für die Revolution aber ist und bleibt der Umgang mit den Armen.

Die Propheten klagten die Einhaltung der biblischen Weisungen ein: das Recht der Armen auf Teilhabe an Nahrung und lebenserhaltenden Mitteln (der Mundraub-Paragraph, der diesem Denken entsprach, ist in unserem Lande abgeschafft, weil es angeblich keine <unverwaltete> Armut mehr gibt.), die Neuverteilung des Landes alle 50 Jahre (Kapital und Produktionsmittel).

Innozenz III ließ in der ungebrochenen Machtfülle der Papstkirche die Armutsbewegungen verfolgen. In Franziskus von Assisi versuchte er, sie für die Kirche zu vereinnahmen: während Franziskus selbst heilig gesprochen wird, landet sein Testament im Index der verbotenen Schriften. Verzerrt zur Idylle wird die Sprengkraft des franziskanischen Denkens gebrochen.

Eine hoch gerüstete Armee, prophylaktische Verhaftungen lassen ahnen, dass die vierzehn Prozent der Weltbevölkerung, die Zweidrittel des Bruttonationaleinkommens gegen jede Andersverteilung absichern, keine andere Zukunft zulassen wollen.

Ob es dabei bleibt, wird auch davon abhängen, inwieweit die Kirchen ihrem eigentlichen Auftrag und Wesen entsprechen: Anwalt der Armen und Stimme der Stimmlosen, Zuflucht der gesellschaftlich Ausgrenzten zu sein.

## In acht Jahren fährt der Zug ab



*Welchen Horror malt Peter Boes hier an die Wand? Gut, der Klimawandel ist bereits Fakt: auf der Erde wird es zwei Grad wärmer sein. Das wäre, wie Experten meinen, gerade noch zu beherrschen. Haben wir in unserer märkischen Streusandbüchse eben mediterranes Wetter und brauchen nicht mehr zu verreisen.*

*Nur: Nach Ansicht der United Nations University sind weltweit bereits jetzt über 19 Millionen Menschen wegen klimatischer Veränderungen und den Folgen unterwegs. Andere sprechen von 25 Millionen Klimaflüchtlingen. Diese Zahl drohe sich bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Und schon heute leben 1,4 Milliarden Menschen in Gebieten mit ange-*

*spannter Wasserknappheit. So viel zum aktuellen Stand der Beherrschung.*

*Die Experten sagen uns auch, dass wir in den nächsten acht Jahren eine rigide Wende in der Energiepolitik schaffen müssen. Statt wie bisher jedes Jahr mehr Umweltgase in die Luft zu blasen, müssen wir danach den Ausstoß senken - sonst eskaliert die Erderwärmung.*

*Das Knowhow haben die entwickelten Industrieländer. Aber werden sie es selber anwenden und es allen anderen unter zumutbaren Bedingungen zugänglich machen? Sonst könnte es sein, dass Peter Boes irgendwie doch recht bekommt. Was er gar nicht will, er ist durchaus ein lieber.*

## Das erste Mal

von Robert Irmischer

Mehr als 700 000 000 000 Dollar geben die G8-Staaten jährlich für Waffen aus. Da bleibt für die Bekämpfung der globalen Armut nicht viel Geld übrig.

Diese ungeheuerliche Summe erinnert mich an die erste Demo, an der ich in meinem Leben teilnahm. Trotz Schule. Es gibt Wichtiges, dachte ich mir damals. Das war im Februar 2003, als die Invasion des Iraks durch die „Koalition der Willigen“ unter Führung der USA begann. Ich war

damals kein politischer Mensch, aber ich fand, Krieg kann niemals eine Lösung sein. Eindeutig war: Bei diesem Krieg ging es weder um Demokratie oder Menschenrechte, noch um Massenvernichtungswaffen. Es ging um Öl. Um die Bedürfnisse der selbsternannten „Weltpolizei“ zu stillen, mussten seitdem schon Tausende von Menschen sterben. Auch heute, vier Jahre danach, geht das Töten und Sterben weiter. Nicht nur im Irak, sondern weltweit.

Man könnte sagen, jener Tag im Februar hat mich politisiert. Ich werde wohl politisch bleiben müssen.

**NO G8**  
Menschen vor Profite

**„Meine Befürchtung ist, dass wie immer die wirklichen Probleme der Welt nicht das Thema sein werden. Die Macht der führenden Staaten wird bei solchen Gipfeln bzw. Treffen immer mehr zementiert.“**

Agnes Steyer-Fontana,  
„Flotte Lotte“  
für WiR  
zum G8-Gipfel

Fotomontage:  
Peter Boes,  
Reinickendorf

**Der Klimawandel ist der größte Fall von Marktversagen, den die Welt je gesehen hat.**

Sir Nicholas Stern,  
ehem.  
Chefökonom der Weltbank, Leiter  
des Government  
Economic Service  
und Berater der  
britischen  
Regierung

Mehr Zahlen,  
Daten, Fakten  
und Zitate zum  
Klimawandel  
unter  
[www.linkspartei.pds-reinickendorf.de](http://www.linkspartei.pds-reinickendorf.de)

# Gegenüber sieht man's anders

## Reisestreiflichter aus Australien

von Werner Doblies

Im September 2006 hatte ich noch in Reinickendorf zum Abgeordnetenhaus kandidiert. Meinen 621 Wählern herzlichen Dank. Anschließend trat ich eine sechs-monatige Reise nach Australien und Neuseeland an. Solch ein Abenteuer dürfte für nachfolgende Generationen zunehmend schwieriger werden, wenn die Politik des Sozialabbaus trotz wachsendem Bruttosozialprodukt fortgesetzt wird. Ich möchte einige Eindrücke von meinen Begegnungen wiedergeben.

Australien ist ja bekanntlich mit eigenen Truppen am Krieg gegen den Irak beteiligt. Fragte ich Australier nach ihrer Meinung dazu, hörte ich bis auf eine Ausnahme nur Verurteilungen oder einmal sogar „Euer Schröder hat gut entschieden.“ Auf meinen Einwand, dass er das vermutlich nur wegen der Wahlen gemacht hatte, hörte ich: „Egal, die Entscheidung war richtig.“ Solche Urteile hörte ich z.B. von einem ehemaligen Vietnam-Kämpfer, aber auch von einer Kirchenangestellten. Nur einmal traf ich einen Australier (aus Deutschland eingewandert), der den Irak-Krieg befürwortete. In Adelaide wohnte ich in einem Haus, in dem auch mehrere junge Iraker lebten, die schon unter der Herrschaft Saddam Husseins nach Australien geflohen waren. Sie waren Schiiten aus dem Süden des Iraks und verurteilten Saddam Hussein als „Hund und Sklave der Amerikaner“, weil er Anfang der 80er Jahre mit finanzieller und militärischer Unterstützung der USA den Iran überfallen hatte.

Verwunderlich ist, warum die Australier John Howard zum Regierungschef wählten, der die

Kriegspolitik unterstützt, während in allen Bundesstaaten Australiens die zu ihm in Opposition stehende Labor Party regiert. Vielleicht ist eine Erklärung, dass Australien offenbar mit Duldung der USA keinen Import landwirtschaftlicher Produkte zulässt.

### Rasen - bitte betreten

Australien hat etwa die Fläche Europas, doch nur 20 Millionen Einwohner, die sich vor allem an den Küsten konzentrieren. Obwohl es wie die USA nicht das Klima-Protokoll von Kyoto unterzeichnet hat, lernte ich in einigen Großstädten doch vorbildliche Verkehrsregelungen kennen. Parken war im Stadtzentrum sehr teuer, doch dafür konnte man dort kostenlos öffentliche Verkehrsmittel benutzen.

Als Tourist wusste ich auch zu schätzen, dass öffentliche Parks, also auch die Botanischen Gärten einschließlich der Rasenflächen (in Sydney wurde sogar dazu auf Hinweistafeln aufgefordert) frei zu betreten sind. Während in Berlin mittlerweile die Toiletten im neuen Hauptbahnhof nur gegen Zahlung von 80 Cent zu benutzen sind, ist dies in Australien und Neuseeland in der Regel kostenlos. Die öffentlichen Schwimmbäder sind meist kostenlos oder gegen eine sehr geringe Gebühr zu benutzen. Wie wird das alles finanziert? Die Mehrwertsteuer beträgt in Australien nur 10 Prozent, doch die Einkommensteuer ist sehr hoch, während sie bei uns für die Spitzenverdiener in den letzten Jahren von 55 Prozent auf 42 Prozent gesenkt wurde. Jetzt gibt es allerdings Überlegungen, diese Steuer zu senken, da der Staat zu viel Einnahmen hätte.

Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen oder -traditionen zu machen.

Albert Einstein

## Am Rande



## Jagd frei

Die Aufregung über die unergiebigste Polizeirazzia auf der Suche nach Terrorplänen gegen den G8-Gipfel hatte sich noch nicht recht gelegt, da zeigte sich schon, wie notwendig die Razzia tatsächlich war. Die erste Bresche in die Festung Heiligendamm wurde geschlagen. Eine 120jährige Buche hatten die Terroristen benutzt und sie auf den Zaun fallen lassen.

Wer sagt hier, das wäre ein Naturereignis gewesen, ein Windstoß? Pure Verharmlosung. In Wirklichkeit war es die Generalprobe vor dem eigentlichen Sturm, und Commander Schäuble mit seinen Getreuen hatte sie vorausgeahnt, war aber weder der Aktion noch den Akteuren auf die Spur gekommen.

Und nun? Gut, die Polizei hat ausreichenden Platz geschaffen, um mögliche Attentäter in Vorbeugehaft zu nehmen. Schadet auch nichts, wenn man ein paar Falsche greift, Freiheit ist ohnehin ein selektives Gut, und außerdem haben sie dann sogar ein Alibi.

Aber wenn man nur Falsche erwischt? Hilft nichts: die nächste Razzia muss her! Aber diesmal an den richtigen Stellen – den Wetterwarten und Wetterdiensten dieser Republik. Jagd frei!

Jochen Eser

Mehr (auch über Natur und Landschaft) ist unter [www.doblies.online.ms](http://www.doblies.online.ms) zu erfahren.

### Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der Linkspartei.PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Yusuf Dogan

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

### Spenden

sind ausdrücklich erwünscht: Die Linke.PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

## Hier finden Sie uns:



## Roter Laden

Schloßstraße 22  
13507 Berlin-Tegel.

Öffnungszeiten:

Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr

Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr

Tel.: 4373 2630

Fax: 4373 2632

e-mail:

reinickendorf@linke.pds-berlin.de